



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

spd/III/107

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

6. September 1948

Warum SPD?

Zum bevorstehenden Parteitag

P.R. Der jährliche Parteitag der SPD hat für Partei und allgemeine Öffentlichkeit mehrfache Bedeutung: er ist das oberste Entscheidungsgremium der Partei, er ist das große Freundestreffen alter und junger Sozialdemokraten aus ganz Deutschland und aus vielen anderen Ländern und für die breite Öffentlichkeit ist er das Spiegelbild sozialdemokratischen Willens. Er hat unter diesen verschiedenartigen Aspekten noch jedesmal stärkste Aufmerksamkeit gefunden, weil niemand den maßgebenden Einfluß verkennen kann, den die SPD auf die deutsche Politik besitzt.

Auch Düsseldorf wird eine Fülle von Reden und Entschliessungen bringen, der Stoffandrang wird dem kaum überschaubaren Ausmaß an aktueller politischer Problematik entsprechen, die es heute in Deutschland gibt. Vielleicht ist es gut, als Auftakt zur Düsseldorfer Gesamtschau diese Fülle auf einige wenige Gedanken zurückzuführen, auch unter Inaufnahme des Risikos, das jede Vereinfachung in sich schließt.

Warum gerade SPD, soll die klare, kurze Frage lauten und ebenso knapp soll die Antwort sein:

Weil die SPD ihren Standort in erster Linie an der Frage einer wirksamen Hilfe für die wirtschaftlich Schwachen bestimmt und die Arbeit für sie und mit ihnen nach ihrer Auffassung einen Auftrag von starker innerer Berechtigung darstellt als die Kooperation mit Schichten der Bevölkerung, die solchen Bestandes weniger oder gar nicht bedürfen.

Weil mit der aus diesem Auftrag stammenden sozialistischen Forderung die andere verbunden ist, die Rechte der Einzelpersönlichkeit zu achten, und weil sie jede überflüssige Einschränkung der individuellen Freiheit ablehnt. -

Weil sie den Privatbesitz in vertretbaren Formen und vernünftigen Umfang schützt, gleich entschlossen aber jede Art kapitalistischer Ausbeutung durch den Privatbesitz und einen ungerechtfertigten politischen Einfluß privater Stellen bekämpft. -

Weil sie nicht bereit ist, auf ein unerlässliches Mindestmaß vernünftiger Planung, vor allem auf dem Gebiet der Produktion, zu verzichten und nicht einer Wirtschaftswillkür das Feld überlassen will. -

Weil sie nach ihrer ganzen Vergangenheit die größte Sicherheit dafür bietet, daß es ihr mit einem durchgreifenden Lastenausgleich wirklich

ernst ist und daß sie in dieser Forderung nicht nur eine höchst uner-
füllliche Notwendigkeit sieht -

Weil sie, auch dies nach ihrer Tradition, von jedem übersteigerten
Nationalismus von allen Parteien am weitesten entfernt ist, einem
Nationalismus, der in einem Menschenalter zweimal der Hauptgrund für
eine riesenhafte Katastrophe gewesen ist -

einheitliches politisches Programm hat, das nicht in einen
nord-, west- und süddeutschen Ableger gespalten ist, noch auch Maximen
und praktische Anweisungen von einer ausländischen Macht bezieht -

Weil sie den Boden starrer Dogmatik verlassen und sich zu einer Partei
aller Menschen entwickelt hat, die durch ihre tägliche Arbeit ihr Brot
verdienen und die ein besonders lebendiges Bewußtsein ihrer sozialen
Verpflichtung haben.

Dieser oder jener auch aus dem Kreis der Parteifreunde mag manche
Aufgaben und manche Zusammenhänge anders sehen und vielleicht vermißt
er auch den einen oder anderen Hinweis. Im Kern wird sich aber Inhalt
und Sinn der sozialdemokratischen Politik ohne weiteres in den hier
skizzierten Rahmen einfügen lassen. Die Konzeption ist klar und ein-
fach. Auf ihrer Grundlage hat die bisherige Arbeit der Sozialdemokra-
tie gelegen, auf ihr wird sie sich auch künftig bewegen. Der Partei-
tag in Düsseldorf wird den Rechenschaftsbericht über das Geleistete
geben und er wird Näheres über den weiteren Weg der Partei aussagen.

Kombinationen um Gomolkas Sturz

sp. Der Generalsekretär der kommunistischen Partei Polens, Ladislaw
Gomolka, ist seines Postens enthoben worden. Die Absetzung des "polni-
schen Stalin", der auch das Zentralbüro des Kominform leitete, erfolgte
wenige Tage nach dem überraschenden Tod des eigentlichen Schöpfers des
Kommunistischen Informationsbüros, Schdanow, und wurde offiziell mit
Gomolkas Widerstand gegen die Sozialisierung des polnischen Bauerntums,
seiner Geneigtheit, bourgeoisen Einflüssen ein williges Ohr zu leihen und
seiner allzu nationalistischen Einstellung begründet. Es besteht jedoch
Anlaß zur Annahme, daß Gomolka ein Opfer des sowjetischen Planes geworden
ist, aus dem besetzten Ostdeutschland eine "Ostdeutsche Volksdemokratie"
zu schaffen. Die Verwirklichung dieses Planes war, wie Joseph und Steward
Alsop in der "New York Herald Tribune" behaupten, bereits für diesen
Sommer vorgesehen. Als auf der Konferenz der kommunistischen Außenminister
in Warschau im Juni ds. Js. Molotow dieses Projekt bekanntgab, sei er
bei den Polen, die von den Tschechen unterstützt wurden, auf heftigen
Widerstand gestoßen. Sie widersetzten sich dem Plan vor allem aus der
Furcht, die Russen würden die Rückgabe der deutschen Ostgebiete um die
deutsche Gunst zu werben trachten. Nachdem die Eroberung Berlins trotz
Blockade mislungen sei, wolle man Moskau trotz der Opposition Polens
den ostdeutschen Satellitenstaat gründen, weil die Situation in der
Sowjetzone sich weit mehr verschlechtert hat, als man im allgemeinen
annehme. Als markantesten Beweis nennt das Blatt die von den Russen
angeordnete Absage der Herbstwahlen in der Ostzone. (B65/69/hs)

Minen werden gelegt

Ein Bericht und ein Kommentar

In Tübingen trafen sich kürzlich "jüngere Politiker", Journalisten und Studenten". Es hieß zunächst, es sei zur Gründung einer neuen Partei, der "Deutschen Union", gekommen. Dies wird von Teilnehmern der Tagung bestritten. Eine solche Neugründung sei nicht einmal beabsichtigt gewesen. Ob es einmal zu einer Neugründung einer Partei kommen werde, deren Träger dann die jüngere Generation sein würde, sei vorerst nicht abzusehen.

Was war dann beabsichtigt? Die Presse war nicht zugelassen, Sie wurde auch nicht nachträglich informiert. Hatten die "Vertreter verschiedener demokratischer Parteien und sonstiger politisch interessierter Gruppen etwas zu verbergen? Sie sagen jetzt, daß sie ganz unter sich sein wollten, um sich, ungestört von irgendwelchen äußerlichen Einflüssen, in freier Aussprache um eine Analyse der gegenwärtigen Situation Deutschlands bemühen zu können. Über die Zeitengrenzen hinweg und fernab aller Parteibindungen habe man sich einer "deutschen Gesamtchau" befleißigt.

Wie man hört, waren in Tübingen Mitglieder verschiedener Parteien neben Parteigegebenen vertreten. Es wurde viel von Europa gesprochen, von einem föderativen Aufbau Deutschlands, von revolutionären Mitteln in der Politik und - auch das fehlte nicht - von einer "Dritten Kraft", ohne welche es keine deutsche Demokratie und kein künftiges Europa geben werde. Den bestehenden Parteien würde der Kampf von innen und außen angesagt, sie wurden als doktrinär und unentschlossen, verantwortungsscheu und konzeptionslos charakterisiert. Sozialismus, Liberalismus und Christentum wurden in den gleichen Topf geworfen; an die Stelle der bisherigen "Weltanschauungsparteien" müßten "echte politische Parteien" treten.

Die näheren Einzelheiten der "Arbeitsgrundlage", die man gefunden haben will, werden geheim gehalten. "Wir müssen befürchten", erklärten Teilnehmer des Tübinger Arbeitskreises, "daß die bestehenden Parteien bei uns Anleihen aufnehmen könnten". Was man sich erst in kleineren Gruppen und jetzt auf breiterer Basis erarbeitet habe, wolle man nicht vorzeitig zerreden lassen. Die aller heutigen Politik abseits stehende Jugend anzusprechen, hat sich der Arbeitskreis als wichtige Aufgabe gestellt. "In Kürze werden wir auf breiter Front in die Öffentlichkeit treten", wurde versichert, "und dann wird es mancherorts ein jähes Erwachen geben".

sp. Soweit diese, uns zugegangene Information. Deutschland soll also wieder einmal erwachen. Auch die übrigen Akkorde dieser Melodie kommen uns markwürdig vertraut vor. Ein Vorkämpfer der Kampagne gegen die bestehenden Parteien nannte diesen Kampf kürzlich ein "heißes Eisen" und er hielt sich offenbar für sehr mutig, als er es anfaßte. In Wirklichkeit brachte er sich nur in die Nähe eines Ofens, an dem sich heute jeder Zweite gern die Hände wärmt.

Dieser Kampf gegen die bestehenden Parteien und der Ruf nach einer neuen Kraft, oder Bewegung oder Union ("Partei" zu sagen, scheut man

sich) ist nichts anderes als die getarnte Kampfansage gegen die Demokratie, auch wenn man das natürlich nicht offen zugeben kann, vielleicht nicht einmal erkennt. Man erinnert sich, daß schon auf die Parteien der Weimarer Republik eine Flut von Verleumdungen niederging. Nun haben diese Parteien ohne Zweifel Schuld auf sich geladen. Aber der tiefere Grund der Abneigung so breiter Volksschichten war damals wie heute Unverständnis für das Wesen, die Notwendigkeiten und -Bedingtheiten dieser in der ganzen demokratischen Welt existierenden politischen Faktoren.

Man liebt es auch in Deutschland, die eigenen Parteien als besonders abscheuliche Gebilde hinzustellen, man übertrieb und übertreibt ihre Mängel maßlos, weil man die ganze Einrichtung von vornherein ablehnt, wie man einem unsympathischen Menschen gegenüber sofort Vorbehalte hat. Sympathisch aber war leider viel zu vieler Deutschen das Prinzip der einen Partei, von der man spürte, daß sie keine Partei, sondern ein Klub mit Anspruch auf ein politisches Machtmonopol war. Wer das politische Leben bei anderen Nationen etwas genauer verfolgt, weiß, daß die Formen der inneren Auseinandersetzung zwischen den einzelnen Parteien, zumal in Zeiten, in denen es heiß hergeht, überall oft genug recht rau werden, gerade auch in Großbritannien und den USA - von den romanischen Ländern ganz zu schweigen.

Wir sollten in Deutschland nicht plötzlich im Hinblick auf den politischen Ton allzu zimporlich sein - uns steht das nicht gut an, in Erinnerung an die Formen der Behandlung eines politischen Gegners, wie sie hier noch vor gut drei Jahren üblich war. Recht töricht ist auch ein Einwand, der einmal an dieser Stelle der Diskussion erhoben wurde: die deutschen Parteien müßten dann eben angesichts der besonders schwierigen Lage in Deutschland "hundertmal besser sein als die in anderen Ländern" - als ob die besondere Not seiner Familie einen schlechten Musikanten zu einem guten machen kann. Und daß wir Deutschen keine guten politischen Musikanten sind, hat sich ja wohl inzwischen herumgesprochen.

Parteien sind keine Idealgebilde. Aber unter Ideallösungen wollen es nun einmal viele, allzuvielle Deutsche, besonders von den jüngeren, nicht tun, auch wenn sie dabei ganz nabelhafte Vorstellungen nachjagen - und den anderen dogmatische Verrantheit vorwerfen. Die nüchterne These vom "kleineren Übel" ist ihnen ein Grauel. Wie töricht-widerspruchsvoll ist auch die Anklage, die Parteien "werfen Sozialismus, Liberalismus und Christentum in einen Topf" und auf der anderen Seite gerade der entgegengesetzte Vorwurf, sie seien zu doktrinär, zu starr. Bei dem Vorwurf "unentschlossen und verantwortungsscheu" aber wird geflissentlich und weiß Gott nicht sehr verantwortungsbewußt die Zwangslage eines Landesübersehen, in dem der Wille der Besatzungsmächte oberstes Gesetz ist. Oft wird auch immer wieder der "Apparat" der Parteien angegriffen, als ob es irgendwo in der Welt eine politisch organisierte Kraft ohne "Apparat" gäbe. (Diese Angriffe pflegten übrigens in dem Augenblick aufzuhören, in dem der Betreffende selbst in einem solchen Apparat gelandet ist). Glaubt irgend ein vernünftiger Mensch, eine künftige "Deutsche Union" etwa wäre eine organisationslose Seelengemeinschaft reiner Toren?

Niemand wird gegen eine auch scharfe Kritik an einer bestimmten Masnahme oder auch an der Grundhaltung irgend einer Partei etwas einwenden können. Aber hier geht es um das alte Spiel der ewig Unzufriedenen, das Spiel des Minenlegens gegen eine unentbehrliche demokratische Einrichtung. Einige von diesen Leuten mögen es als reizvolles Abenteuer ansehen. Besonders gefährlich aber ist es dort, wo es in aufrichtiger Gesinnung, aber unter vollkommener Verkennung der politischen Wirklichkeit betrieben wird.

-u

Kampf um die finnische "Stapo"

Von einem Mitarbeiter in Helsinki

Auf Drängen der finnischen Sozialdemokratie wurde im Herbst 1947 eine aus höheren Verwaltungsbeamten bestehende Kommission zur Untersuchung der seit 1945 unter kommunistischer Leitung stehenden Staatspolizei (in Finnland "Stapo" genannt) eingesetzt. Die Stapo ist die finnische politische Polizei. Sie spielte in den Nachkriegsjahren unter der obersten Führung des im Frühling abgesetzten kommunistischen Innenministers Leino eine wichtige Rolle im politischen Leben des Landes. Die Untersuchung über die Stapo ist nunmehr abgeschlossen und das Material ist, trotz des kommunistischen Widerstandes, von der sozialdemokratischen Regierung K.A. Pagerholm veröffentlicht worden. Es ist daraus eine große politische Sensation geworden, die nicht nur in der finnischen, sondern auch in der Presse ganz Skandinaviens zur Zeit lebhaft diskutiert wird.

Die Untersuchung hat dokumentarisch festgestellt, daß 76,8 Prozent der etwa 300 Beamten der Stapo Kommunisten oder ihre Anhänger sind. Der faktische Leiter der Stapo war der kommunistische Vizechef A. Aaltonen, welcher gleichzeitig eine Spionageabteilung der kommunistischen Parteileitung dirigiert. 37 der Stapobeamten sind wegen Landesverrats und 17 wegen Kriegsverbrechen von finnischen Gerichten früher bestraft worden. 22 kommunistische Beamten sind von denselben Gerichten wegen rein krimineller Verbrechen seinerzeit verurteilt worden. Unter ihnen befindet sich einer, der ein langes Strafregister aufweist. Dieser kommunistische Hüter der Ordnung war früher wegen Landesverrates, wegen zehn verschiedener Diebstähle und eines Mordversuches zu lebenslänglichen Zuchthaus und der Verlust der bürgerlichen Rechte verurteilt worden. Die Kommission hat ferner 85 Prozent der Stapobeamten als inkompetent und unfähig für ihren Dienst erklärt.

Die ganze Tätigkeit der Stapo war einseitig gegen die Sozialdemokraten und die bürgerlichen Politiker gerichtet. Die Kommunisten selbst und besonders die in den letzten Jahren aus Rußland zurückgekehrten zahlreichen finnisch-russischen Geheimagenten wurden überhaupt nicht beobachtet. Dagegen hat die Stapo ein Personenregister von 80.000 verdächtigen finnischen Bürgern geführt. Unter den beobachteten befanden sich auch 47 Abgeordnete des Reichstags, darunter 10 Sozialdemokraten und sogar drei Minister der finnischen Regierung. Die kommunistische Geheimpolizei hat also Mitglieder der Regierung, ihre vorgesetzte Be-

6.9.1948

hörde, jahrelang bespitzelt! Es ist übrigens in Finnland in politischen Kreisen allgemein bekannt, daß die Stapo eng mit den MGB-Beamten der russischen Gesandtschaft zusammengearbeitet und alle wichtigen Nachrichten diesen übermittelt hat. Die Stapo war und ist eher ein russisches, als ein finnisches Polizeiorgan, das für die Interessen Finnlands vollkommen unzuverlässig war. Auch ihre Arbeitsmethoden waren oft den russischen KVD- und MGB-Arbeitsformen ähnlich. So hat die Untersuchungskommission festgestellt, daß in vielen Fällen ungesetzliche Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgekommen sind. Die Häftlinge sind wochen- und in einigen Fällen sogar monatelang ohne jedes Verhör in Haft gehalten worden.

Das Material der Untersuchungskommission ist sehr lehrreich und wichtig. Es beweist, daß die finnischen Kommunisten dieselbe Methode von Moskau zu realisieren hatten, wie sie in den übrigen Staaten des "russischen Europa" angewandt worden ist: aus der politischen Polizei eine kommunistische Machtzentrale zu schaffen, mit deren Hilfe im geeigneten Augenblick nach Prager Muster ein Umsturz durchgeführt werden sollte. Es war also die höchste Zeit für die Absetzung des kommunistischen Polizeiministers und für die Schaffung der heutigen sozialdemokratischen Regierung Fagerholm.

Es bleibt aber noch eine schwere und sehr wichtige Arbeit übrig, gegen die sich die finnischen Kommunisten und ihre Moskauer Auftraggeber mit allen Kräften wehren werden. Die Stapo muß von den Kommunisten gesäubert, mit demokratischen Beamten besetzt und ihre Arbeitsmethoden müssen geändert werden. Darüber wird bald die Regierung und auch der finnische Reichstag zu beschließen haben. Inzwischen greift die Stapo in offiziellen Erklärungen die Untersuchungskommission an und gebärdet sich wild. Der Leiter der Spionagezentrale der Kommunisten, Aaltonen, und der Parteisekretär der kommunistischen Partei, Fessi, sind in diesen Tagen nach Moskau zitiert worden. Sie werden dort Direktiven für den weiteren Kampf um die Stapo erhalten. Der Kampf um sie wird weitergehen. Gelingt es der Regierung Fagerholm, die Stapo zu bereinigen und sie in ein der finnischen Demokratie zuverlässiges Organ zu verwandeln, dann wird Finnland eine politische Leistung bieten, wie es kein anderes Land in Osteuropa versucht hat. (b/A113/1/69/hs)

Holland - Niedersachsen

sp. Beim Hasselberg an der deutsch-holländischen Grenze, mitten im unattractiven Bourtangener Moor, verdichten sich alle Probleme des Emslandes zu einem beinahe greifbaren Bild: ein verwitterter Grenzstein, seit 124 Jahren an dieser Stelle eingelassen; der "Walchumer-Schlot", ein etwa anderthalb Meter tiefer, künstlich angelegter Graben, der den gleichen Ursprung, das gleiche Alter, und nach dem gleichen Grenzvertrag wie der Grenzstein die Aufgabe hat, das im natürlichen Gefälle nach Nordwesten drängende Wasser von Holland abzuhalten und auf deutschem Gebiet in die Ems abzuleiten; rechts von diesem Graben auf der holländischen Seite fette grüne Weiden und fruchtbare Äcker und schließlich links davon, auf der deutschen Seite, weite Flächen Ödland, im Unbruch begriffen. Darüber die drohende holländische Gebietsforderung,

in diesem Streifen bis an die Ems reichend und damit den Seehafen Emden vom westfälischen Industriebecken abschneidend. "Grenzverkürzung" heißt das Motto zu dieser Forderung, aber nichts entwarfnet diese Begründung mehr als eben der "Walchumer Schlot", der kilometerlang, so weit das Auge reicht, in schnurgerader Linie sich in der Ferne verliert. Kürzer als diese Linie kann keine andere Grenze sein.

Die weitere Begründung, daß auf deutscher Seite nichts für die Entschliegung des Ödlandes getan werde, wird ebenfalls hier am Hasselberg entkräftet: wenige hundert Meter von dieser Stelle entfernt reißen riesige Dampfplüge metertief das Erdreich auf, zermahlen mächtige Mellerregen die aufgeworfenen Schollen und planieren sinnreich konstruierte Erdhobel das umgebrochene Land. Hinter der letzten Maschine schreiten Frauen und streuen mit der Gebärde des säenden Bauerns Kunstdünger auf das jungfräuliche Erdreich. 25.000 ha Ödland umfaßt der Siedlungsplan, der seit Jahrzehnten in den Schreibtischschubladen der Ministerien des Zweiten und Dritten Reiches lag oder ohne besondere Tatkraft an einigen Stellen des Emslandes zögernd in Angriff genommen wurde. Mit ungleich geringeren Mitteln muß nun Niedersachsen nachholen, was seine Vorgänger versäumt haben. Ein Werk, das beinahe die finanziellen Kräfte des Landes übersteigt, weil die Urbarmachungen eines Hektars 450 bis 1000 Mark kostet, weil bisher nicht einmal ein Fünftel des Planes erfüllt und weil mit der Kultivierung des Bodens allein das Siedlungswerk noch lange nicht abgeschlossen ist. 50 Neubauern sollen im jährlichen Rhythmus angesetzt werden, bis nach fünfzehn Jahren das Vorhaben vollendet ist, soweit nicht der notwendige Torfstich die Kultivierung um einige Jahrzehnte hinauschiebt. Ob das Werk gelingt, wird nicht zuletzt davon abhängen, ob die entsprechenden Geldmittel zur Verfügung stehen; eine Frage, die nach der Währungsreform noch keineswegs sicher ist.

Etwa 30 km südlich vom Hasselberg verfährt sich in den Bohrtürmen des Erdölgebiets von Bentheim ein weiterer Teil der holländischen Aspirationen. Die "Grenzverkürzung", die am Hasselberg absolut widersinnig ist, klingt hier plausibler, weil der Bentheimer Kreis an dieser Stelle der Grenze wie eine große Warze nach Holland ragt, aber innerhalb der Warze wird ein Drittel des in Nordwestdeutschland geförderten Erdöls gewonnen, mit gegenwärtig 200.000 t ein für die deutsche Wirtschaft unentbehrlicher Rohstoff. Ob die Grenzverkürzung um 44 km - soviel würde Holland gewinnen - das Gefühl der Verbitterung auf deutscher Seite aufwiegt? Ob die einseitige Annexion nicht künstlich ein Grenzproblem schafft, das heute nicht besteht? Denn die Menschen an der Ems sind keine Saarländer, sie streben nicht weg von ihrer Heimat und wollen im Glück wie im Unglück bleiben was sie waren: Deutsche und friedliche Nachbarn.

Über das Schicksal des Emslandes werden weder deutsche, noch holländische Stellen entscheiden. Das Urteil liegt bei den Siegerstaaten, denen Holland seine Ansprüche in Form von drei Memoranden überreicht hat. Man müßte die Männer, denen die Entscheidung anheimgestellt ist, so wie jetzt die Journalisten von Niedersachsen, kreuz und quer durch das Emsland führen und an Ort und Stelle mit seinen Menschen und Problemen bekannt machen. Man müßte sie an den Hasselberg und an die Bohrtürme von Emlichheim stellen. Um das Urteil wäre uns dann nicht bange.